

Artikel vom 29.03.2011

Grün-Rot SPD setzt auf das Prinzip Hoffnung

Von news.de-Redakteur Ralf Knüfer

Stimmen verlieren und trotzdem bester Laune sein: SPD-Spitzenpolitiker können an den mageren Ergebnissen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nichts Schlechtes entdecken und hoffen schon auf bessere Zeiten.

Bei der SPD herrscht in diesen Tagen eitel Sonnenschein. «Wer hätte gedacht, dass es je gelingt, die CDU in Baden-Württemberg aus den Angeln zu heben», [sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt gegenüber news.de](#). Nur ein kleiner Wermutstropfen sei es, dass die Grünen stärker als die SPD seien.

Dass die CDU in Baden-Württemberg nach 58 Jahren die Regierung abgeben muss, ist fraglos ein Ereignis. Gut sah die SPD dabei allerdings nicht aus. Die Partei fuhr mit 23,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis bei Wahlen im «Ländle» ein. Nun muss sie erstmals als Juniorpartner in eine Koalition mit den Grünen ziehen.

«Situativ» sei das Ergebnis, eine «Momentaufnahme», eine «Volksabstimmung» über die Kernenergie. Die einfachsten Erklärungen für das Abschneiden waren nach der Wahl auch die bequemsten. Tiefgehende Analyse nicht nötig. Parteichef Sigmar Gabriel gönnte den Grünen den Erfolg - wenn auch nur unter Vorbehalt: Wenn die japanische Atomkatastrophe nicht mehr das bestimmende Thema sei, dann gehe es um mehr - um soziale Gerechtigkeit, um Finanzmärkte, um den Euro.

Schließlich sei die SPD eine Volkspartei, die nicht nur an einem Thema hänge. Ein kleiner Nadelstich in Richtung der Grünen. Dass aus Rot-Grün auf Dauer Grün-Rot werden könnte, das befürchtet niemand in der SPD-Spitze. Nur weil die Grünen mal führen dürfen, bedeute das «keine dauerhafte Veränderung des Rollenverständnisses», sagte Sigmar Gabriel.

Wo steht die SPD?

Das klingt entspannt, die Grünen nimmt die SPD nicht richtig ernst, denn eine Volkspartei werden die Grünen so schnell dann doch nicht. Nur erklärt das nicht, wie sich die SPD von ihren eigenen Wahlklatschen der vergangenen Jahre erholen will. Und warum sie gar nicht von dem schwarz-gelben Regierungschaos profitieren kann.

Wo die SPD steht, das weiß sie selbst nicht so richtig. Bei der Bundestagswahl 2009 reichte es gerade für 23 Prozent. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz setzte es Saures. Das Beste daran war noch, dass Kurt Beck sein Amt als Ministerpräsident über die Ziellinie rettete. Am Ende stand ein Minus von fast zehn Prozentpunkten für die Sozialdemokraten. In Hamburg siegte die SPD im Februar bei der Bürgerschaftswahl mit ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz deutlich. Doch das war Hamburg, die CDU war dort in so schlechter Verfassung, dass die Wahl zum Spaziergang wurde.

Laut Umfragen hätte die SPD gegenwärtig keine Chance die 30 Prozentmarke bei Bundestagswahlen zu überschreiten. 25 bis 29 Prozent werden vorhergesagt. Immerhin besser als 2009. Die Grünen sind davon derzeit gar nicht so weit weg. Ihnen werden bis zu 21 Prozent zugetraut, wären am nächsten Sonntag Bundestagswahlen.

Ist die SPD eine Volkspartei?

Die SPD will immer noch Volkspartei sein. Das ist die Karte, die sie gegenüber den Grünen ausspielt, gegenüber der Union, gegenüber der FDP. [Ute Vogt sagte zu news.de](#): «Volkspartei ist ja nicht eine Frage der gezählten Stimmen, sondern des Ansatzes. Oder ob ich wie die FDP sage, ich bin vor allem für eine Klientel verantwortlich, wie inzwischen ja auch die CDU.» Das unterscheide die SPD auch von den Grünen. «Wenn es darum geht, die breite Bevölkerung zu repräsentieren - Menschen, die arbeitslos sind, Arbeitnehmer, Facharbeiter oder Unternehmer. Da lautet der Anspruch der SPD, niemanden liegen zu lassen.»

Nur der Wähler scheint das nicht immer nachvollziehen zu können. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei der SPD aus Sicht des Parteienforschers Franz Walter weit auseinander. Arbeiter könnten mittlerweile mit

der Partei nicht viel anfangen, mit den Grünen allerdings auch nicht.

In Sachen Kernenergie greifen die Wähler jedenfalls lieber auf die Grünen zurück. Das wissen die Sozialdemokraten jetzt. In Baden-Württemberg setzt die SPD als Juniorpartner deswegen darauf, dass sie ja doch irgendwie seriöser sei als die Grünen. Landes-Chef Nils Schmid gilt als Anwärter auf den Posten des Finanzministers, er sei in der Koalition mit den Grünen der «Garant für wirtschaftliche Vernunft und sozialen Zusammenhalt». Johannes Kahrs, Sprecher des Seeheimer Kreises in der SPD, sah die SPD in einem Interview mit dem Deutschlandfunk sogar als Partei, die «soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Kompetenz» verbindet. Die SPD bekrabbele sich langsam unter Sigmar Gabriel.

Nur der Juso-Vorsitzende, Sascha Vogt, schlägt quer. Es fehle an Profil. Die Sozialdemokraten müssten wieder «klare Kante» zeigen, in der Renten- oder auch in der Steuerpolitik. Und die Interessen der jungen Menschen habe die SPD aus den Augen verloren. Es ist heutzutage nicht mehr einfach, dem Volk zu vermitteln, dass es da noch eine Volkspartei zu geben scheint. Der SPD bleibt das Prinzip Hoffnung.

knr/cvd/news.de